

## **V-36** Für die Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens

Gremium:	BAG Frieden & Internationales
Beschlussdatum:	14.09.2019
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

### **Antragstext**

- 1 Die Eskalationsspirale im Konflikt zwischen den USA und Iran, die durch den
- 2 einseitigen
- 3 Ausstieg der USA aus des Iran-Nuklearabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPoA)
- 4 durch US-Präsident Trump im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, dreht sich zunehmend
- 5 weiter und
- 6 droht, den Vertrag als zentrales rüstungskontrollpolitisches Instrument in seiner
- 7 Gesamtheit
- 8 zusammenbrechen zu lassen. Seit dem Ausstieg Washingtons wurden von US-Seite
- 9 unilateral die
- 10 Wiedereinführung und Verstärkung von nationalen Sanktionen beschlossen. Ziel ist es
- 11 Iran -
- 12 bisher ohne Erfolg - im Rahmen einer Politik des „maximalen Drucks“ zu
- 13 weitreichenden
- 14 Konzessionen, mit Blick auf sein ballistisches Raketenprogramm sowie sein regionales
- 15 Verhalten und einem neuen, allumfassenden Abkommen zu bewegen.
- 16 **Das Iran-Nuklearabkommen ist das Ergebnis jahrelanger internationaler**
- 17 **Bemühungen, durch**
- 18 **diplomatische Mittel den Streit um das iranische Nuklearprogramm**
- 19 **beizulegen und eine atomare**
- 20 **Bewaffnung Irans zu verhindern.** Durch seine Verpflichtungen im Verbund mit
- 21 einem
- 22 präzedenzlosen Transparenzregime, überwacht durch die Internationale Atom- und
- 23 Energiebehörde (IAEA), wurde bisher erfolgreich das Risiko einer atomaren
- 24 Bewaffnung Irans
- 25 auf ein beherrschbares Maß reduziert. Vor vier Jahren wurde die Vereinbarung mit der
- 26 Resolution 2231 vom VN-Sicherheitsrat angenommen und ist damit der
- 27 rechtsverbindliche
- 28 Rahmen, auf den die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet wurde. In seiner
- 29 Resolution fordert der Sicherheitsrat alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen auf,
- 30 geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der Vereinbarung zu
- 31 unterstützen und
- 32 gleichzeitig Maßnahmen zu unterlassen, welche der Umsetzung der Verpflichtungen
- 33 aus dem
- 34 Iran-Nuklearabkommen entgegenstehen. Der einseitige Ausstieg der USA und die
- 35 Verhängung
- 36 unilateraler US-Sanktionen stehen dazu in Opposition. Neben der regelbasierten
- 37 internationalen Ordnung steht damit auch ein zentrales Rüstungskontrollregime unter
- 38 Beschuss.

25 **Ein Ende des Iran-Nuklearabkommens würde nicht nur eine Katastrophe für die Region** mit

26 unüberschaubaren Konsequenzen einer möglichen Aufrüstungsspirale und eines nuklearen

27 Wettrüstens bedeuten - sondern würde auch ein fatales Signal der Unverlässlichkeit und damit

28 Verhandlungs- und Vereinbarungsunfähigkeit an Staaten wie Nordkorea senden, welche durch

29 diplomatischen und wirtschaftlichen Druck von ihrem Drang nach Atomwaffen abgebracht werden

30 sollen.

31 **Der Iran-Nuklearabkommen versprach Iran für eine Aussetzung seines Nuklearprogramms**

32 **Sanktionserleichterungen und damit einhergehende wirtschaftliche Entwicklung.** Obwohl sich

33 die anderen Parteien der Vereinbarung - Russland, China, Frankreich, Großbritannien und

34 Deutschland - gegen die US-amerikanische Linie gestellt haben reichen ihre bisherigen

35 Bemühungen um Sanktionserleichterungen im Rahmen des Iran-Nuklearabkommens nicht aus: Durch

36 die Dominanz des US-Dollars im Welthandels- und Finanzsystem und die Bedeutung des US-

37 Marktes für europäische, aber auch chinesische Banken und Unternehmen ist die US-Regierung

38 in der Lage, durch unilateral verhängte Sanktionen auch nicht-US basierte Unternehmen unter

39 Druck zu setzten.

40 **Deshalb profitiert der Iran nun nicht mehr wirtschaftlich von den internationalen**

41 **Sanktionserleichterungen:** Das Land kann kaum mehr Öl exportieren, europäische Unternehmen

42 haben sich aus Angst vor US-Restriktionen zurückgezogen, der Handel ist eingebrochen, es

43 gibt kaum mehr Finanzkanäle. Nicht einmal mehr Medikamente und humanitäre Güter können

44 aufgrund von Selbstreglementierung und Übererfüllung von Unternehmen und fehlenden

45 Bankverbindungen geliefert werden - auch wenn die Güter gar nicht von US-Sanktionen erfasst

46 sind.

47 **Deshalb testet Teheran nun zunehmend Grauzonen bei der Erfüllung seiner nukleartechnischen**

48 **Verpflichtungen aus, nachdem sich das Land laut Berichten der IAEA bis Juni vollumfänglich**

49 **an diese gehalten hatte.** Im Juni 2019 hat Iran, wie von der IAEA bestätigt - schrittweise

50 begonnen, Uran über die unter des Iran-Nuklearabkommens festgelegten Obergrenze anzureichern. **Hiermit sollen die Unterzeichnerstaaten unter Druck gesetzt**

51 **werden:** Falls das

52 Land nicht vom Iran-Nuklearabkommen wie vereinbart profitiere, sehe Teheran keinen  
 53 Nutzen  
 54 darin, sich weiter an den Vertrag zu halten, so die Botschaft. Die bisherigen iranischen  
 55 Maßnahmen deutet aber daraufhin, dass man in Teheran weiter eine  
 56 Verhandlungslösung  
 57 anstrebt.

56 **Wir fordern deshalb, dass**

- 57 • die Bundesregierung und die EU sich weiter im Rahmen der GASP (Gemeinsame  
 58 Außen- und  
 59 Sicherheitspolitik) zusammen mit den übrigen Parteien der Vereinbarung China  
 60 und  
 61 Russland dafür einsetzen, die Wiener Nuklearvereinbarung als zentrales  
 62 rüstungskontrollpolitisches Instrument zu bewahren.
- 63 • die Bundesregierung alle praktikablen Maßnahmen ergreift, um wirtschaftliche  
 64 Aktivitäten, die nach europäischem Recht legal sind, abzusichern und den Handel  
 65 mit  
 66 Iran aufrecht zu erhalten. Der Handels- und Zahlungsmechanismus INSTEX,  
 67 dessen  
 68 Ausgestaltung und Funktionalität weiter vorangetrieben und ausgeweitet werden  
 69 muss,  
 70 ist ein erster wichtiger Schritt, damit Iran wie in der Vereinbarung angelegt  
 71 wirtschaftlich von Sanktionserleichterungen profitieren kann. Weitere  
 72 Maßnahmen müssen  
 73 aber folgen. Eine Möglichkeit sind beispielsweise staatlich abgesicherte,  
 74 multilaterale Investitionsprogramme für Entwicklungsprojekte, die unmittelbar  
 75 der  
 76 iranischen Bevölkerung zugutekommen.
- 77 • die EU sich stärker mit den anderen Vertragspartnern abstimmt, wann eine  
 78 „significant  
 79 non-performance“ Irans mit Blick auf seine nukleartechnischen Verpflichtungen  
 80 vorliegen würde, und sich deutlich gegenüber Iran positioniert, um eine  
 81 sukzessive  
 82 Aushöhlung der Vereinbarung zu verhindern und damit seine Funktion zu  
 83 bewahren.

74 Im Umgang mit den aktuellen Differenzen im transatlantischen Verhältnis hinsichtlich  
 75 Iran  
 76 **zeigen sich die Grenzen europäischer Handlungsfreiheit. Dass die  
 77 Europäische Union den US-  
 78 amerikanischen Sekundärsanktionen, die europäische Unternehmen zwingen  
 79 sich aus dem Iran-  
 80 Geschäft zurückzuziehen, und der Politik des maximalen Drucks kaum etwas  
 81 entgegenzusetzen  
 82 hat, offenbart deutlich das geringe Maß einer finanz- und handelspolitischen  
 83 Souveränität  
 84 der EU.**

80 Dass wir in der EU nicht in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen, wenn die USA  
 81 das nicht

81 wollen, kann nicht im Sinne unserer europäischen Friedens- und Sicherheitsinteressen  
82 sein.

83 Es untergräbt unsere wirtschaftliche und politische Souveränität und die  
84 Glaubwürdigkeit der  
85 europäischen Außenpolitik

84 **Wir fordern deshalb, dass**

- 85 • die EU geeignete Maßnahmen ergreift, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen  
86 Sekundärsanktionen und damit ihre finanz- und handelspolitische Souveränität  
87 erhöht.  
88 Dazu gehört längerfristig auch eine Stärkung der globalen Rolle des Euro.

88 **Krise in der Straße von Hormus**

89 Immer mehr wird nun der Persische Golf und die Straße von Hormus zum  
90 Austragungsort des  
91 Konfliktes zwischen USA und Iran. Mit großer Sorge beobachten wir den sukzessiven  
92 Aufbau  
93 einer militärischen Drohkulisse durch die USA, welche die Spannungen und das Risiko  
94 bewaffneter Zwischenfälle erhöht.

93 **Wir fordern, dass alle Maßnahmen der EU und der Bundesregierung auf eine  
94 Deeskalation im**

94 **Konflikt zwischen USA und Iran ausgerichtet sind.** Vor diesem Hintergrund  
95 lehnen wir die US-

96 Militärmission „Sentinel“ in der Straße von Hormus und eine deutsche Beteiligung  
97 daran ab.

98 Eine „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA, einer der beiden Streitparteien,  
99 kann

100 kein Beitrag zur Entspannung der Lage sein. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt  
101 und

102 die maritimen Handelswege stehen für uns nicht zur Disposition. **Einem Einsatz der  
103 Bundeswehr**

104 **im Persischen Golf werden wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und  
105 grundgesetzkonformen**

106 **Mission und mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.**

107 Wir fordern, dass die EU ein deutliches Gegengewicht zur Logik von Drohungen und  
108 Gegendrohungen setzt, der die Regierungen der USA und des Irans, sowie weitere  
109 Akteure,

110 aktuell folgen. Diese Logik birgt eine enorme Gefahr für Fehlkalkulationen und eine  
111 Eigendynamik, die sich bis hin zum Krieg entwickeln könnte. Dies wäre schlussendlich  
112 einmal

113 mehr Wasser auf den Mühlen all derer, die überzeugt sind, dass das Streben nach  
114 Atomwaffen

115 das einzige Mittel der wirksamen Abschreckung und Selbstverteidigung sei. Vor allem  
116 jedoch

117 droht eine von der EU und ihren Partner\*innen in dieser Frage ungebremste  
118 Eskalationspolitik

119 den gesamten Nahen Osten und seine Bewohner\*innen, sowie alle Nachbarregionen  
120 durch einen

121 unkalkulierbaren Krieg auf schlimmste Weise in Mitleidenschaft zu ziehen und

Abertausende  
110 von Menschenleben zu kosten.

111 Um aus dieser Sackgasse herauszukommen und auf eine Deeskalation in der Region  
112 hinzuarbeiten, braucht es erstens Kommunikationskanäle zwischen Washington und  
Teheran sowie  
113 zumindest eine grundlegende Verständigung. Wir fordern die Bundesregierung auf, die  
US-Seite  
114 aufzufordern ein realistisches und glaubhaftes Angebot für einen politischen Ausweg  
115 vorzulegen. Zweitens wird der Konflikt mittelfristig nur dann lösbar werden, wenn es  
116 gelingt, zwischen den berechtigten Interessen der Akteure der Region nach Sicherheit  
und  
117 Stabilität, wie Israel, Saudi-Arabiens, aber eben auch des Irans, einen vertretbaren  
118 Ausgleich zu schaffen. Hier ist die EU als Vermittlerin gefragt.

119 Allerdings wird es nicht zu einer nachhaltigen Entspannung in der Region kommen,  
solange die  
120 unverminderten Vernichtungsdrohungen gegen Israel durch das iranische Regime kein  
Ende  
121 nehmen, die wir aufs schärfste verurteilen, und solange es keine Anerkennung des  
Staates  
122 Israel gibt. Wir fordern weiterhin ein klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels und  
seinem  
123 Recht auf Selbstverteidigung im Rahmen des Völkerrechts angesichts der Drohungen  
und  
124 militärischen Aktivitäten Irans. Dies gilt ebenso gegenüber mit dem Iran verbündeten  
oder  
125 von diesem gesteuerten Akteuren, deren Aufrüstung eine erhebliche Gefahr für  
Frieden und die  
126 Sicherheit Israels darstellt. Deutschland muss insbesondere auf die Einhaltung der  
UNSR-  
127 Resolution 1701 durch die Hisbollah dringen und sich verstärkt etwa gegenüber  
Russland gegen  
128 eine militärische Etablierung des Iran in Syrien einsetzen. Gleichwohl lehnen wir auch  
die  
129 scharfe Rhetorik des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu und Teilen der  
israelischen  
130 Regierung ab, genauso wie Militärschläge gegen iranische Atomanlagen.

131 Die aktuellen Bemühungen zur Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens dürfen keine  
Begründung  
132 dafür sein, dass sich die Bundesregierung bei der klaren Benennung der täglichen  
133 Verletzungen von Menschenrechten und rechtsstaatlichen Prinzipien durch Iran  
zurückhält.

134 **Für einen ganzheitlichen Regionalansatz**

135 Iran kann aufgrund seiner Größe, geostrategischen Lage und Bevölkerungszahl und  
damit seiner  
136 regionalen Bedeutung nicht ignoriert werden, ist aber unter anderem aufgrund seiner  
137 Regionalpolitik, dem ballistischen Raketenprogramm, der feindseligen Haltung  
gegenüber  
138 Israel und der verheerenden Menschenrechtslage im Land ein problematischer

regionaler  
139 Akteur. In einer zunehmend fragmentierten und von Krisen und Kriegen betroffenen  
Region ist  
140 Iran daher zwar Teil des Problems, aber eben auch der Lösung.  
141 Unsere Politik gegenüber Iran muss dabei Teil eines ganzheitlichen Ansatzes sein, der  
auf  
142 einer Äquidistanz zu Saudi-Arabien und Iran basiert und sicherheitspolitische Fragen in  
  
143 einem regionalen Kontext diskutiert. Dafür muss die deutsche wie die EU-Politik  
gegenüber  
144 Saudi-Arabien dringend korrigiert werden: d.h., das tatsächliche Verhalten muss  
angepasst  
145 werden, um die autoritären Strukturen beider Länder, ihre problematische regionalen  
Rollen  
146 und ihr Ringen um die regionale Vormachtstellung gleichermaßen kritisch zu  
adressieren. Vor  
147 allem der Export von Rüstungsgütern sowie jegliche militärische Zusammenarbeit mit  
Saudi-  
148 Arabien sind umgehend zu beenden.  
  
149 Die Doppelstandard-Politik der Bundesregierung ist hier kontraproduktiv für eine  
150 erfolgreiche deutsche und EU-Politik in der Region. **Wir fordern einen vertieften  
Dialog mit  
151 Iran sowie zwischen Iran und den Ländern des Golfkooperationsrats über  
regionale Konflikte  
152 und die Frage, wie ein Prozess hin zu einer regionalen Sicherheitsarchitektur  
gestaltet  
153 werden kann.**